

Protokoll

der 4. Sitzung des Gewerkschaftsausschusses
in Verbindung mit der Geschäftsleitung der Sozial-
demokratischen Partei der Schweiz und dem Bureau
der Nationalratsfraktion

Freitag den 12. April 1918, vormittags 8½ Uhr
in Olten-Hammer



TRAKTANDEN:

1. Appell.
2. Bericht über die Tätigkeit des Aktionskomitees.
3. Die Milchpreisfrage.
4. Die weitere Aktion.
5. Diverses.

Genosse *Grimm*, Präsident des Aktionskomitees, eröffnet um 8½ Uhr die Sitzung.

1. Appell.

Laut Präsenzliste sind anwesend:

Vertreter der Gewerkschaftsverbände: Bauarbeiter: Pellizoni; Gemeinde- und Staatsarbeiter: Degen; Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter: Fischer und Schifferstein; Holzarbeiter: Kopp und Reichmann; Lederarbeiter: Gloor; Lithographen: Greutert; Lokomotivpersonal: Rüeger; Metall- und Uhrenarbeiter: Brunner, Hirsbrunner, Ilg, Grosspierre, Kästli, Klemenz, Marbot, Meer, Spreng, Schneeberger, Oskar, Stähli und Walter; Papier- und Hilfsarbeiter im graph. Gewerbe: Bobst; Schneider: Markgraf; Rangierpersonal: Ruetz; Stein- und Tonarbeiter: Kolb; Textilarbeiter (Fabrik-): Nussbauer; Heimarbeiter: Eugster-Züst; A. U. S. T.: Patocchi; Typographen: Schlumpf; Weichen- und Bahnwärter: Frank; Zahntechniker: Keusch; Zugspersonal: Huggler.

Ferner sind anwesend als Vertreter des *Föderativverbandes eidgenössischer Beamter, Angestellter und Arbeiter*: Mischon; als Vertreter des *Kartellverbandes der Eisenbahner*: Düby.

Aktionskomitee: Ist vollzählig anwesend; ausser den Genossen Grimm, Graber, Schneider und Schürch haben die übrigen Mitglieder spezielle Mandate.

Bundeskomitee: Dürr und Belina, die übrigen Mitglieder haben ebenfalls andere Mandate.

Geschäftsleitung der Partei: Rosa Bloch, Nobs, Platten und Agnes Robmann.

Vertreter der Arbeiterunionen: Basel: Weber; Bern: Zehnder; Chur: Mettier; Luzern: Thurnherr; Pfäffikon: Diggelmann; Schaffhausen: Schöttli; Solothurn: Merz; Winterthur: Meier und Meinen; Zürich: Wyss.

Arbeitersekretariat: Greulich.

Arbeiterinnensekretariat: Marie Hüni.

Jugendorganisation: Arnold.

Entschuldigt sind die Vertreter der Verbände der Buchbinder und Maler und Gipser sowie die Genossen Allgöwer, Klöti und Ryser.

Wahl des Tagesbureaus.

Mit der Leitung der Verhandlungen wird das Aktionskomitee betraut.

2. Bericht über die Tätigkeit des Aktionskomitees.

Dürr: Nachdem der Bundesrat die Zivildienstpflicht fallen gelassen hatte, wurden für die Refraktäre und Deserteure besondere Bestimmungen getroffen. Seither sind uns Klagen zugegangen namentlich über schlechte Verpflegung. In der zur Erledigung aller Streitfragen eingesetzten Kommission wurde als unser Vertreter Genosse Ilg bezeichnet. Was die Ausweisung Münzenbergs anlangt, wurde von der Arbeiterunion Zürich verlangt, das Aktionskomitee solle die Zurücknahme ultimatativ verlangen, ebenso wie die Aufhebung des Zeitungsverbotes. Das Aktionskomitee ist gegen diese Forderung, die heutige Konferenz soll entscheiden. In der Generalstreikfrage wurde bei den Verbänden eine Umfrage veranstaltet, die eine grundsätzliche Zustimmung aller Verbände ergab. Doch knüpfen fast alle bestimmte Vorbehalte an die Beteiligung. Namentlich werden die Verbände mit Verträgen, die eventuelle Auflösung des Vertragsverhältnisses oder Bezahlung von Konventionalstrafen zu befürchten haben, nicht ohne weiteres mitmachen. Der Parteivorstand hat zu den Thesen noch Abänderungsanträge gestellt, über die wir die Entscheidung ebenfalls der Konferenz überlassen; unserer Auffassung nach ist indessen die theoretische Seite des Generalstreiks hinlänglich besprochen worden. Die Eisenbahner stellen als Bedingung für das Mitmachen bei der Aktion, dass ihre Forderungen in das Aktionsprogramm aufgenommen werden. Das Eisenbahnerkartell wünscht eine dreigliedrige Vertretung im Aktionskomitee und schlägt hierfür vor die Genossen Allgöwer, Düby und Kaufmann.

Nobs fragt an, ob es dem Aktionskomitee bekannt sei, dass der Bundesrat die Abmachungen betreffend die Deserteure nicht hält. Es sollte hier eingeschritten werden. In bezug auf die Jugendpresse bedauert er die Ablehnung unserer Offerte von seiten der Jugendlichen, die Uebernahme des « Arbeiterblatt » war eine falsche Lösung. Sodann wünscht er Veröffentlichung des Ergebnisses der Umfrage über den Generalstreik.

Ilg gibt Aufschluss über die Angelegenheit der Deserteure. Ein Regulativ bestimmt die Durchschnittslöhne auf 7 Franken pro Tag bei zehnwöchiger Dienstdauer; es war nicht möglich, den Zürcher Vertrag durchzusetzen. Um alle entstehenden Differenzen zu schlichten, wurde dem Militärdepartement der Vorschlag auf Schaffung einer dreigliedrigen Kommission gemacht, dem voraussichtlich entsprochen wird.

Wyss bespricht die Verhältnisse, wie sie sich in Zürich ergeben haben. Vielfach sind unter den Leuten auch unsaubere Elemente zu treffen, die dann die Gesamtarbeiterschaft kompromittieren.

Bloch klagt über erfolgte Inhaftierungen von Refraktären. Die Kommission soll Einsicht in die Akten nehmen und auf Abhilfe dringen.

Schlumpf spricht gegen die Publikation der Umfrage über den Generalstreik.

Arnold wünscht, es sei die Milchpreisfrage mit der Forderung der Aufhebung der Ausweisung Münzenbergs zu verbinden.

Kopp verlangt, dass endlich der Achtstundentag als ultimative Forderung aufgestellt werde. Einmal müssen wir doch anfangen.

Platten spricht zu den Anträgen des Parteivorstandes.

Es wird beschlossen, diese theoretischen Erörterungen auf den Nachmittag zu verschieben.

Einstimmig wird das Aktionskomitee um die drei Vertreter der Eisenbahner erweitert und die vorgeschlagenen Genossen *Allgöwer-Luzern*, *Düby-Bern* und *Kaufmann-Zürich* gewählt.

3. Milchpreisfrage.

Grimm: Wenn das Aktionskomitee an den Bundesrat ein Ultimatum richtete, so waren wir uns darüber klar, dass eine Antwort nicht erfolgen wird. Materiell ist indessen diese Antwort erfolgt, indem die Bundesversammlung ausserordentlicherweise einberufen wurde. Heute handelt es sich nun darum, Stellung zu nehmen zur Situation. Das Resultat der Verhandlungen in der Bundesversammlung dürfte ein Kompromiss bilden, indem die Einkommensgrenzen auf zirka 4000 Franken erhöht werden. Für uns ist heute die ausserparlamentarische Aktion wichtiger als die im Rate. Ursprünglich bestand die Absicht, auf Dienstag Demonstrationen in der ganzen Schweiz zu veranstalten, doch kam das Aktionskomitee von einem solchen Antrag ab, und es wird zu prüfen sein, ob eventuell nur eine Demonstration in Bern durchgeführt werden soll.

Das Aktionskomitee beantragt, heute folgenden Beschluss zu fassen:

« Die am 12. April in Olten tagende Konferenz der Vertreter der sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschafts- und Personalverbände der Verkehrsanstalten stimmt den bisher vom Aktionskomitee im Kampf gegen die Milchpreiserhöhung getroffenen Massnahmen zu und bestätigt das Telegramm des Aktionskomitees an den Bundesrat. Sie wiederholt die Erklärung, dass die Arbeiterschaft im weitesten Sinne des Wortes jeden Milchpreisaufschlag ablehnt, die Uebernahme des ganzen Aufschlages durch den Staat fordert und entschlossen ist, den Kampf für die Durchsetzung dieser Forderung mit allen Mitteln durchzuführen. Für den Fall, dass diesen Begehren nicht entsprochen wird, erhält das Aktionskomitee Auftrag, unverzüglich alle nötigen Schritte zur Durchführung des allgemeinen Landesstreiks einzuleiten. Zu diesem Zwecke werden dem Aktionskomitee im Sinne der Berner Konferenzbeschlüsse vom 1. bis 3. März die erforderlichen Voll-

machten erteilt. Das Aktionskomitee setzt Zeitpunkt und Dauer des Landesstreiks fest, erweitert und befristet die Forderungen, führt die nötig werdenden Verhandlungen und erlässt an alle Organisationen die nötigen Weisungen.

Von diesen Beschlüssen ist auch der Bundesversammlung Kenntnis zu geben.»

Sollten unsere Forderungen abgelehnt werden, dann wird der Kampf entbrennen. Hier müssen wir unsere Forderungen erweitern; vorgeschlagen werden folgende Programmpunkte: Milchpreisübernahme, Kartoffelbeschlagnahme und Ankauf durch den Bund, Erweiterung der Einkommensgrenzen oder Uebernahme der Aufschläge durch den Bund, Ernährungsamt, Fleischrationalisierung und Viehhandelsmonopol. Sodann wird auch die Frage des Proporz aufgeworfen werden müssen, ebenso werden wir die Forderungen der Eisenbahner unterstützen, ohne sie jedoch ultimativ aufzustellen.

Beschliesst die Bundesversammlung eine Erhöhung der Einkommensgrenzen, so werden wir neuerdings zusammenkommen müssen, um die neue Situation zu besprechen, heute kann in dieser Hinsicht kein Beschluss gefasst werden, weil wir nicht wissen, was kommt.

Huggler: Die Stellungnahme der Eisenbahnverbände ist nicht richtig interpretiert, wenn erklärt wird, sie machen ihre Teilnahme am Kampf um den Milchpreis abhängig von der Aufnahme ihres Begehrens für Reduktion der Präsenzzeit. Sie verlangen nur, dass das Aktionskomitee ihre Forderungen unterstützt, falls es dazu komme, dass sie in den Generalstreik eintreten. Die Verhältnisse der Eisenbahner sind eben nicht derartige wie in der Privatindustrie, sie können wegen ihrer Forderungen nicht selbständig streiken.

Greulich hätte eine vorsichtigere Fassung des Telegramms an den Bundesrat gewünscht. Die ultimativen Forderungen, die wir stellen wollen, müssen

genau erwogen werden. Die Kartoffelfrage kann heute nicht gelöst werden, weil sonst vielleicht die Bauern dazu übergehen, nur ihren Bedarf zu pflanzen.

Thurnherr teilt mit, dass sich die Arbeiterschaft in Luzern auf den Standpunkt gestellt hat, es sei überhaupt jede Milchpreiserhöhung abzulehnen, da sie doch wieder auf die Konsumenten abgewälzt werde. Er stellt in diesem Sinne einen Antrag.

Schlumpf hat ebenfalls die Auffassung, dass es sich hier nicht nur um die 5 Rappen Preiserhöhung handle, sondern um eine tiefgreifende volkswirtschaftliche Massnahme. Das endgültige Wort wird nach der Bundesversammlung zu sprechen sein.

Schneider hat die Ueberzeugung, dass die Arbeiter heute von Demonstrationen während der Arbeitszeit nichts mehr wissen wollen. Man sollte dem Aktionskomitee Vollmacht geben in bezug auf das, was nach der Bundesversammlung zu tun ist.

Hirsbrunner erklärt, dass die Berner Metallarbeiter gegen Demonstrationen während der Arbeitszeit sind. Entweder Generalstreik oder nichts. Er beantragt, jetzt zuzuwarten und nach dem Entscheid der Bundesversammlung eine neue Konferenz einzuberufen.

Wyss unterstützt die Ausführungen Greulichs. In Zürich hat man das Thema mit grosser Leichtfertigkeit diskutiert. Die Disziplin würde gewiss sehr zu wünschen übrig lassen. Im übrigen ist er dagegen, dass dem Aktionskomitee Generalvollmachten erteilt werden.

Ilg: Wie der Entscheid ausfällt, wissen wir nicht, doch müssen wir uns darüber klar sein, was zu tun ist, wenn man unsern Forderungen nicht entspricht. Hier müssen einmal die Eisenbahner strikte erklären, was sie wollen, ihre Forderungen kommen erst in zweiter Linie.

In bezug auf den Kompromiss erklärt *Redner*, dass auch schon die Holzarbeiter Kompromisse angenommen haben, man soll auch hier keinen andern Standpunkt als den der Zweckmässigkeit einnehmen.

Düby verdankt das Entgegenkommen gegenüber den Eisenbahnern, das in der Erweiterung des Aktionskomitees zum Ausdruck kam. Die Stellungnahme der Eisenbahner ist in der St. Galler Resolution niedergelegt; auch sie werden dabei sein, wenn es sich um die Wahrung der Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft handelt. Die Forderungen der Eisenbahner sind taktisch aufzufassen, es handelt sich keinesfalls um ultimative Begehren. Die passive Resistenz ist heute nicht durchführbar, weil ihre Voraussetzung, nämlich der Vollbetrieb, fehlt. Nach dem Entscheid der Bundesversammlung soll eine neue Konferenz einberufen werden.

Grimm ist damit einverstanden, doch sollten wir heute schon eine klare Position beziehen für den Fall, dass die Bundesversammlung den Beschluss des Bundesrates stützt.

Graber führt aus, dass die Auslösung des Generalstreiks nicht von uns, sondern von dem Verhalten unserer Gegner abhängt. Der Generalstreik ist unser letztes Mittel, daher müssen wir vorsichtig sein damit. Es ist notwendig, dass wir uns auf die wirtschaftlichen Forderungen beschränken, um die Waffe des allgemeinen Streiks nicht zu diskreditieren und auch nachher noch benützen zu können. Er wünscht, dass nach dem Entscheid der Bundesversammlung auf alle Fälle eine neue Konferenz einzuberufen sei.

Meier erklärt, man solle nicht nur drohen, sondern auch handeln, sonst nimmt man uns nicht mehr ernst.

Bobst ist der Auffassung, dass wenn das Existenzminimum erhöht werden sollte, ein Kompromiss annehmbar ist, weil dann für die Betreffenden auch für andere Lebensmittel eine Verbilligung eintritt.

Kopp ist einverstanden, dass es zum Konflikt kommt, wenn der Milchpreis auf der vorgesehenen Höhe bleiben sollte. Die Forderung des Achtstundentages ist nötig, damit infolge des drohenden Rohstoffmangels eine grössere Arbeitslosigkeit verhindert werden kann.

Frank verweist auf das sehr günstige Resultat der Generalstreikumfrage bei den Eisenbahnern, das zeigt, dass die Eisenbahner beim gemeinsamen Kampf nicht auf der Seite stehen werden. Da sie mehr zu verlieren haben als die übrige Arbeiterschaft, haben sie auch ein Recht zu verlangen, dass ihre Forderungen vom Aktionskomitee aufgenommen werden.

Schneider ist dafür, dass der Entscheid über den Generalstreik dem Aktionskomitee überwiesen wird; wenn man das nicht will, dann soll man es aber auch im Beschluss sagen.

Dürr verweist darauf, dass bei den Monopolartikeln die Verteuerung eine unwesentliche ist, bei der Milch jedoch handelt es sich um grössere Summen. Die Erhöhung ist im Interesse der Produktion nötig, doch soll sie der Bund bezahlen.

Die Forderungen wollen wir erst erweitern, wenn der Generalstreik akut geworden ist; den Achtstundentag können wir nicht annehmen, übrigens ist diese Frage schon durch die Berner Konferenz erledigt.

Grimm: Unser Vorgehen wird bestimmt durch dasjenige der Gegner. Wenn wir heute nicht die Konsequenzen aus der Situation ziehen, dann wollen wir einpacken und keine Mätzchen machen. Der Generalstreik bedeutet gewiss auch für die Arbeiterschaft grosse Opfer, aber seine Verhinderung liegt nicht in unserer Hand, wenn die Verhältnisse einmal entsprechend gediehen sind.

Abstimmung.

Ein Antrag *Thurnherr*, der verlangt, dass man noch einmal auf die Frage der Milchpreiserhöhung eintrete und sie überhaupt ablehne, wird mit allen gegen zwei Stimmen verworfen.

Der Antrag des Aktionskomitees wird sodann einstimmig angenommen.

Nachmittagssitzung.

Dürr gibt Kenntniss von den Anträgen des Parteivorstandes, die folgende Fassung der Thesen in Abschnitt IV verlangen:

« Die Anwendung der ausserparlamentarischen Kampfmittel kann in vier Phasen eingeteilt werden:

1. Allgemeine Agitation in Volks- und Demonstrationsversammlungen, durch die Presse, Broschüren, Flugblätter, Aufrufe etc.

2. Steigerung der gewerkschaftlichen Aktion im Kampfe um höhere Löhne durch die üblichen Streiks, wobei danach zu trachten ist, dass die Streiks der verschiedenen Gewerkschaften möglichst gleichzeitig und gemeinsam durchgeführt werden.

3. Gleichzeitige Demonstrationsversammlungen während der Arbeitszeit.

4. Steigerung der Aktion durch den genau vorbereiteten, mit strenger Disziplin und ohne Gewalttätigkeit durchzuführenden befristeten Generalstreik und seine allfällige Wiederholung.

Diese Aktionen sind durch parlamentarische Parallelaktionen in Bund, Kanton und Gemeinde kräftig zu unterstützen.»

Zum *Kommentar* (S. 14) wünschen wir folgende Einschaltungen:

« Unter befristetem Generalstreik ist eine Massenarbeitsniederlegung ohne jede Gewalttätigkeit zu verstehen, unter Einhaltung strenger Disziplin und unter Schonung der öffentlichen sowie der für die Volksernährung nötigen Betriebe.

Eine Ausnahme ist zu machen für das Personal der Krankenpflege, der Bestattung, der öffentlichen Betriebe, soweit grosse Schädigungen der Anlagen (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke) entstehen können, sowie für die der Volksernährung nötigen Betriebe.»

Der Abschnitt VI soll *gestrichen* werden.

Greulich begründet die Streichung des Abschnittes VI, weil der revolutionäre Generalstreik in der Schweiz unmöglich ist. Deshalb brauchen wir ihn auch nicht in die Thesen aufzunehmen.

Nobs wünscht, dass eine Wegleitung an die Organisationen ausgearbeitet werden soll, wie der Generalstreik am besten durchzuführen sei. Wenn die Bewegung auch nicht schablonisiert werden kann, so ist es doch notwendig, hier bestimmte Anleitungen zu geben.

Rüeger widerspricht den Befürchtungen Greulichs; das Lokomotivpersonal wird mitmachen, das hat uns die Abstimmung bewiesen.

Bobst verlangt, dass darauf gedrungen wird, dass überall aktionsfähige Lokalkomitees eingesetzt werden.

Platten: Der Generalstreik wird unglaublich schwierige Fragen aufwerfen, denen wir allen gerüstet entgegenstehen müssen. Neben den Lokalkomitees sollen sofort auch Ersatzkomitees bestellt werden. Wenn der Streik drei bis vier Tage dauert, werden Ausschreitungen nicht zu vermeiden sein. Bei den Eisenbahnern könnte der Achtstundentag als Forderung aufgestellt werden.

Grimm: Selbstverständlich müssen wir praktische Wegleitungen ausarbeiten, wenn der Generalstreik durchgeführt werden soll. Die bezüglichen Anträge sollten dem Aktionskomitee zur Erledigung überwiesen werden. Wir sind ebenfalls der Auffassung, dass keine Gewalt angewendet werden soll; bestimmte Garantien über die Entwicklung der Ereignisse werden wir aber nicht übernehmen können.

Graber: Wir sollten dem militärischen Problem mehr Aufmerksamkeit schenken, da bei einem Streik sofort die Mobilisation erfolgen wird.

Schliesslich werden nach längerer Diskussion die Anträge des Parteivorstandes dem Aktionskomitee zur Berücksichtigung bei der Ausarbeitung einer Wegleitung für die Organisationen überwiesen.

Schluss der Sitzung 4 Uhr.

Der Präsident:

Grimm.

Der Sekretär:

Belina.